

„Oft schon ziemlich spät“ – frühe Distanzierungsarbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen

Leicht geänderter Ausschnitt aus dem in 2018 erschienenen Fachartikel „Praxis der Jugendkulturarbeit zur Prävention von GMF und Rechtsextremismus“ von Silke Baer. Erschienen in Möller, Kurt, Neuscheler, Florian (Hrsg.): "Wer will die hier schon haben?" Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland, Stuttgart 2018. Gesamter Beitrag: S. 75-88.

„Nein, ich schmeiß den nicht aus meinen Klub. Wo soll der denn hin? Zwischen offener Jugendeinrichtung und Knast gibt es keine Angebote für rechtsorientierte Jugendliche. Da treib ich den nur endgültig der rechtsextremen Kameradschaft in die Arme.“ Dieser Satz kam auf einer von cultures interactive e.V. durchgeführten Fachkräftefortbildungsreihen von einem Jugendarbeiter und gab uns zu denken. 2014 begannen wir zu recherchieren, fragten bei Mobilien Beratungsteams und Ausstiegshilfen nach und stellten fest, dass es keine expliziten Angebote der frühen Distanzierung gibt. Sicherlich greifen Ausstiegshilfen unterschiedlich früh ein bzw. gehen manchmal – wie etwa Mitarbeiter*innen der ARUG – nach Hinweisen proaktiv auf Jugendliche zu, die gefährdet sind. Auch gibt es vor allem in größeren Städten Streetwork-Teams, die im Rahmen der aufsuchenden Arbeit die sekundäre Prävention bedienen. Aber ausgerechnet in ländlichen Regionen mit einem hohen Aufkommen an rechtsextrem motivierter Kriminalität gab und gibt es nur sehr punktuell – in Form kurzfristiger Modellprojekte – Möglichkeiten, Jugendliche in einem frühen Stadium der Radikalisierung anzusprechen. Dabei bedürfte es gerade hier einer Systematik der fallorientierten Zusammenarbeit in einem weiten Netzwerk aus Jugendarbeit, Schule, Jugendamt, Familien- und Jugendgerichtshilfe sowie Polizei.

Innerhalb eines solchen Netzwerks wären dann auch geeignete Angebote der frühen Distanzierung einzurichten, die als Sozialtraining mit politischen Bildungsinhalten konzipiert sind. In diesen Angeboten sollten auch die komplexen biografischen Aspekte thematisierbar werden, die für die Hinwendung zu rechtsextremen Orientierungen relevant sind. Ferner sollten Alternativwege mit den Jugendlichen eruiert und ggf. eingeübt, Gewaltverhalten bearbeitet und auf jeden Fall auch proaktiv auf die jeweiligen ideologischen Affinitäten eingegangen werden. Schließlich berichten Aussteiger*innen häufig, dass all ihre frühen Äußerungen während des Hinwendungsprozesses zur rechtsextremen Szene weitgehend unwidersprochen geblieben sind. In dieser frühen Phase, in der die jungen Gefährdeten nach eigener Aussage noch unsicher gewesen sind, haben sie oft selber – zaghaft oder provokativ – das Gespräch mit Lehrer*innen oder Sozialarbeiter*innen gesucht. Nicht selten ging es dabei auch darum, die pädagogischen Bezugspersonen auf die Probe zu stellen. Dass die jugendlichen Offerten von den angesprochenen Pädagog*innen dann oft nicht als solche erkannt oder aufgenommen werden, mag mit Unsicherheit oder Überforderung zu tun haben – die in den schwierigen und manchmal manifest bedrohlichen Zonen des ländlichen und kleinstädtischen Lebens nicht ausbleiben. Umso wichtiger ist es, hier Unterstützungsstrukturen einzurichten, die nicht nur die Pädagog*innen in ihren Handlungskompetenzen stärken, sondern die sich auch als Angebot direkt an die Jugendlichen richten.

Im Bundesmodellprojekt *DisTanZ_ Trainingsmaßnahmen für Risikojugendliche und lokal verankerte Zentren zur Radikalisierungsprävention* (2015-19) wurden in Thüringen Lösungsstrategien für diese Bedarfe entwickelt. In enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Weimarer Land und anderen lokalen Partnern wird hierbei der Aufbau eines gemeinwesenorientierten Netzwerks der Radikalisierungsprävention erprobt. Inspiration und Vorbild für dergleichen regionale *DisTanZ_Zentren* bezogen wir aus der europäischen Arbeit, insbesondere mit dem im dänischen Aarhus praktizierten Modell der *Infohouses* (Bertelsen 2016) und der Akteur-übergreifenden Netzwerk- und Fall-Konferenzen.

Das dänische Netzwerk-Konzept (SSP/ Schule-Soziales-Polizei bzw. SPP/ Schule-Psychiatrie-Polizei), das auch den Geheimdienst umfasst (der der Polizei unterstellt ist), wird dort schon Jahrzehnte in der Jugendkriminal-Prävention praktiziert. Es geht bei diesen *Infohouses* um einen im Gemeinwesen verankerten Ansatz, der eine enge Zusammenarbeit verschiedener Institutionen und das Zusammenspiel von Prävention, Intervention und Strafverfolgung vorsieht. Neben der direkten Mentor*innen/-Beziehungsarbeit mit den gefährdeten/ rekrutierten Jugendlichen sind hierbei auch die Sensibilisierung und Fortbildung der Kolleg*innen in Schule und Jugendarbeit von zentraler Bedeutung. Das für das von CI entwickelte DisTanZ_Modellprojekts wichtige Kernelement aus dem Aarhus-Konzept sind die regelmäßigen Fach-/ Fallkonferenzen, die durch das Jugendamt gesteuert werden. Die Fachkräfte, die hier zusammenkommen, fühlen sich verantwortlich, sind fortgebildet und für die Prävention von Rechtsextremismus und religiös begründeten Extremismus sensibilisiert. Zu diesen Treffen können je nach Bedarf weitere relevante Akteur*innen – etwa aus einem bestimmten Jugendklub oder einer religiösen Vereinigung – eingeladen werden. In der SSP-Gruppe wird sich über Jugendliche die auffällig geworden sind, ausgetauscht, weitere Informationen zusammengetragen, mögliche Strategien besprochen und Maßnahmen abgestimmt.

2015 hat CI modellhaft eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Weimarer Land begonnen, um dort regelmäßig mit Vertreter*innen aus Schule, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit- und Hilfe, Jugendgerichtshilfe, Polizei, Vertreter*innen aus Sportvereinen etc. zusammenzukommen, um über Eindrücke aus der Region in Bezug auf Rechtsextremismus, menschenverachtende Haltungen, Einschüchterungen und Gewalt zu reden. Neben einer aktiven Neonaziszene gibt es eine aktive Thügida-orientierte Bewegung. Ein Problemfeld sind rechtsextrem orientierte Eltern(teile) und Jugendliche, die mit rassistischen Hassäußerungen in den Schulen auffällig werden.

In der Übertragung des Infohouse-Modells zeichnen sich regionale und länderspezifische Unterschiedlichkeiten ab. So sind in Dänemark die rechtlichen

Grundlagen zum Datenaustausch andere als in Deutschland. Auf Grundlage des § 114 Dänisches StGB, dem „Terrorismus Paragraph“ und daraus folgend § 115 (Law of Judicial Practise) wird das Recht auf den Austausch von Daten zwischen Polizei und Verwaltung zu Präventionszwecken geregelt. Im DisTanZ_Zentrum wird entsprechend der deutschen Gesetzgebung nur anonymisiert über Fälle gesprochen bzw. die Einverständniserklärung der Klient*innen und derer Erziehungsberechtigter eingeholt. Ziel des Modellprojekts war es, die Steuerung des DisTanZ-Zentrums langfristig in die Hände von örtlichen Verantwortlichen zu legen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Trägern weiter zu fördern.

Die Entwicklung und Erprobung von sogenannten DisTanZ_Trainings stellte den zweiten Schwerpunkt des Modellprojekts dar. Mit Jugendamt und Jugendrichtern wurden verschiedene Möglichkeiten verhandelt, Verweisstrukturen für gefährdete Jugendliche aufzubauen, ähnlich der Anti-Gewalt-Trainings. Inzwischen werden Jugendliche aus verschiedenen Bereichen an die Kolleg*innen von cultures interactive in Weimar vermittelt. Einige kommen aus der stationären Jugendhilfe oder dem Betreuten Wohnen, andere haben das Training als richterliche Auflage bekommen, etwa nach einem Propagandadelikt. Manche Jugendliche weisen multiple Problemlagen auf und sind schon diverse Jugendhilfemaßnahmen durchlaufen, andere scheinen schon sehr gefestigt in ihren rechtsextremen Haltungen. Um zu prüfen, inwieweit die Jugendlichen überhaupt gruppenfähig sind und noch durch das Format der DisTanZ_Trainings erreicht werden können (oder ggf. doch besser einer Ausstiegshilfe vorgestellt werden), finden nun deutlich mehr Einzeltrainings, als ursprünglich geplant, statt. Diese dienen dem Beziehungsaufbau, und helfen, den jeweiligen Radikalisierungsgrad und die persönlichen Veränderungsmotive und Potentiale einschätzen zu können. Die Entwicklungen in diesem Modellprojekt bleiben weiterhin spannend, nicht zuletzt wenn es darum geht mit Heranwachsenden aus rechtsextremen Familienkontexten zu arbeiten.

Mehr zum Thema und auch Schlussfolgerungen aus dem Modellprojekt kommen in der Handreichung „Distanzierungsarbeit“ der fa:rp / Fachstelle Rechtsextremismusprävention / cultures interactive e.V.